

Indien: Durchregieren an den Unis

Der hindu-chauvinistische Kampf gegen Kritik

Von *Christa Wichterich*

Dezember 2017

Narendra Modi ist ein identitärer Überzeugungstäter. Seit 2014 regiert er Indien mit einer absoluten Mehrheit seiner Bharatya Janata Party (BJP). Unter der Safran-Flagge als Symbol des Hindu-Chauvinismus betreibt Modi eine autoritäre Politik der Gleichschaltung öffentlicher Institutionen und ihrer Säuberung von kritischen und alternativen Kräften. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf den Universitäten.

Modis Politik ruht auf den Säulen eines populistischen Hindu-Nationalismus und eines neoliberalen Wirtschaftskurses. Im Zeichen der Safran-Flagge verschmelzen ökonomische und kulturelle Herrschaft. Modi inszeniert sich als Saubermann gegen die allgegenwärtige Korruption im Land und fährt systematisch Ausgrenzungsstrategien gegen »andere«, ihm unliebsame gesellschaftlichen Gruppen sowie gegen alles Muslimische. Für die Märkte und die Verbraucher*innen wurde »Be Indian, Buy Indian« als Devise nationalistischen Konsums ausgegeben, gleichzeitig Straßen und Plätze von Straßenhändler*innen und informellen Märkten bereinigt, um freie Bahn für Supermärkte und bessere, sprich: teurere Geschäfte zu schaffen. Nationale

Denkmäler wurden gesäubert und restauriert, öffentliche Parks in New Delhi gepflegt und eingeehgt, doch im neuesten Tourismusführer für den Bundesstaat Uttar Pradesh wird das Nationaldenkmal Nr. 1, das Taj Mahal, nicht als Sehenswürdigkeit beworben - es ist ja ein muslimisches Grabmal. Kritische zivilgesellschaftliche Organisationen werden durch Entzug finanzieller Mittel und ständige Verunglimpfung als vom Ausland gesteuert und als »unindisch« systematisch geschwächt. Auch dem für Frauen in ländlichen Regionen geschaffenen Empowerment-Programm Mahila Samakhya, das 1,5 Millionen Mitglieder hat, wurden 2015 die Gelder der Zentralregierung gestrichen. Das alles schafft ein Klima der Überwachung und Einschüchterung.



JNU als gesellschaftspolitisch kritische Instanz

Die Universitäten des Landes sind nun solch autoritären Formen des hindu-chauvinistischen Durchregierens unterworfen, allen voran die als hochgradig politisiert bekannte Jawaharlal Nehru Universität (JNU) in New Delhi. Sie wurde 1969 als Reformuni gegründet, als ein Modell für kritische Wissenschaft, für den Aufbau von Selbstverwaltung und für die Teilhabe von Studierenden aus unteren Kasten und Studentinnen. Die JNU setzte das Reservierungssystem – Quoten für Personen aus gelisteten benachteiligten Gruppen – konsequent um und nutzte es als Hebel gegen das Kastensystem und den Ausschluss armer und bildungsferner sozialer Schichten von höherer Bildung. Der Campus sollte die Vielfalt Indiens repräsentieren und »nationale Integration« fördern. Mit ihrem Herzstück »International Studies« war die JNU zudem ein Aushängeschild für Welt- und Wissensoffenheit.

Als ich in den 1980er Jahren an der JNU unterrichtete, diskutierten Tاملين und Kaschmiris, Muslims, Christen und Hindus, Gandhianer und Maoisten nächtelang auf dem Campus. Sie be-

trieben ihr eigenes streitbares *nation building* und entwickelten eine universitäre Kultur, die sich an den Prinzipien des Staatengründers Nehru orientierte. Heute gerät sie auch wegen ihres Namensgebers ins Visier der autoritären und militanten Hindu-Populisten. Denn Nehrus Staatsverständnis mit den Prinzipien Säkularismus, Demokratie und Vielfalt steht dem der BJP diametral entgegen.

Doch bereits Nehrus Tochter, Premierministerin Indira Gandhi, diskreditierte die Kritik aus dieser linken Hochburg in den 1970er Jahren als »unindisch« und »anti-national« nach der Gleichung: »Indira ist Indien, Indien ist Indira«. Diese geradlinige Herrschaftslogik hat in der sogenannten größten Demokratie der Welt seitdem Schule gemacht.

Wer regiert die Unis?

1990 und 2006 wurde das Reservierungssystem in Bildungsinstitutionen und bei der Beschäftigung im öffentlichen Sektor durch zwei massive Protestwellen von Hochkastigen vor allem in Nordindien in Frage gestellt, um die alte Ordnung wiederherzustellen. Jetzt ist der schon im-

mer schwelende Kampf um die indischen Universitäten offen ausgebrochen. Wer regiert die Unis? Wer kontrolliert die Wissensproduktion? Wer gehört zur Bildungselite von morgen?

Im Oktober 2017 entschied die *University Grant Commission* (UGC), eine Körperschaft des indischen Bildungsministeriums, das neuerdings Ministerium für »Entwicklung menschlicher Ressourcen« heißt, die Stipendien für Promotionen und Post-Graduierte zu kürzen. Diese Sparmaßnahme stand vermutlich im Zusammenhang mit weiteren Privatisierungen im Bildungssektor. Sie trifft vor allem Studierende, die über das Reservierungssystem gefördert werden. Rohith Vemula, ein Doktorand der Universität von Hyderabad, ein Dalit,¹ nahm sich das Leben, nachdem sein Stipendium gestrichen und er aus dem Wohnheim verwiesen wurde. Die Begründung für seinen Rauschmiss war, er sei »anti-national«, weil er sich gegen die Hinrichtung der muslimischen Terroristen von Mumbai ausgesprochen hatte. In einem erschütternden Abschiedsbrief schrieb er, dass seine Geburt »ein fataler Unfall« war.

Die Empörung über seine Selbsttötung löste die *Occupy UGC*-Bewegung sowie Proteste gegen die Todesstrafe für kaschmirische Widerstandskämpfer aus – mit der JNU als Epizentrum der Protestbewegung. Der Vorsitzende der JNU-Studierendengewerkschaft Kanhaiya Kumar, ebenfalls ein Dalit, wurde mit dem Vorwurf »anti-indischer« und »anti-nationaler« Aufwiegelung festgenommen. Studierende und Lehrende solidarisierten sich umgehend unter dem Slogan »azaadi« (Freiheit) gegen diese Ausgrenzung und Kriminalisierung kritischen Denkens. Dafür kassierten sie bei einer Anhörung vor Gericht Prügel von Mitgliedern der hindu-nationalistischen Regierungspartei BJP, die sich als Anwälte verkleidet hatten. Doch die Einschüchterungen blieben wirkungslos: Auf dem Azaadi-Platz getauften Gelände vor den bestreikten Unigebäuden hielt jeden Abend eine Professor*in eine Vorlesung zu Nation und Nationalismus als Zeichen der umkämpften diskursiven Hegemonie und Unabhängigkeit der Wissenschaften.

Kanhaiya gehört zu einer Generation von qua Kaste diskriminierten Studierenden, die den Einstieg in die akademische Welt nun in große-

rer Zahl geschafft haben. Ihre Eltern leben meist noch in ärmlichen Verhältnissen auf dem Land, aber voller Stolz und Hoffnung auf den Bildungsaufstieg ihrer Kinder. Als Kanhaiya nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis mitten in der Nacht auf dem Campus ankam, rief er unter dem Jubel tausender Studierender seine Mutter an. Sie arbeitet als Helferin in einem Kinderhort auf dem platten Land für 40 Euro im Monat. Die Szene war emotional, kulturell und anerkennungspolitisch hochgradig aufgeladen und steht für die Veränderungen wie auch für die stabilen sozialen Ungleichheiten im modernen Indien. Unter der autoritär-chauvinistischen Politik Modis erleben die Aufsteiger*innen jetzt neue Hierarchisierungen und Diskriminierungen. Deshalb kämpfen sie nicht nur für Freiheit der Meinungsäußerung und Wissenschaften, sondern für eine Befreiung von der gewaltförmigen Kasten- und Geschlechterordnung der indischen Gesellschaft.

Einübung patriotischer Gesinnung

Die Rektoren indischer Universitäten, Vice Chancellors, sind mächtige Figuren. Der Anfang 2016 eingesetzte Rektor der JNU, Jagadesh Kumar, dem Verbindungen zur paramilitärischen Organisation RSS der hindu-nationalistischen Regierungspartei BJP nachgesagt werden, tut sein Bestes, um die Safranisierung der Uni voranzutreiben, sprich: Studienplatzvergabe, Stellenbesetzungen und Lehrinhalte hindu-chauvinistischen Prinzipien zu unterwerfen. Erklärtermaßen will er mit der Gleichschaltung der JNU einen »symbolischen Sieg« über das kritische Denken erringen und sowohl kritische Wissenschaften als auch kritisches Alltagsbewusstsein als unindisch und deshalb »anders« und gefährlich verunglimpfen.

Kumar martialisierte den Konflikt und konstruierte kritische Studierende endgültig als gefährliche Feinde im Inneren, als er vorschlug, einen Panzer auf dem JNU Campus aufzustellen, um eine patriotische Gesinnung und »Liebe zur Armee« zu erzeugen. Er organisiert Kulturfestivals, bei denen Wettbewerbe im Absingen patriotischer Lieder ebenfalls die Liebe zur Nation



»Mother India« verbreiten und falsche Gesinnung austreiben sollen. »Unsere Armee wird diese Bastion des intellektuellen Terrorismus erobern«, assistierte dem Rektor der bekannte General Bakshi, der jahrelang in Kaschmir Aufständische gejagt hatte.

Zu dieser Eroberung gehört ebenfalls die Zerschlagung von Gremien der Selbstverwaltung an der JNU. Nach 18 Jahren wurde im September das gewählte *Gender Sensitisation Committee Against Sexual Harassment* (GSCASH) sang- und klanglos aufgelöst und durch ein nominierendes *Internal Complaints Committee*, eine vage Beschwerdeinstanz, ersetzt. »Dafür gibt es keine akademischen Gründe, sondern es geht nur darum, Widerspruch und kritische Intellektuelle klein zu kriegen,« kommentierte die bekannte Wirtschaftswissenschaftlerin Jayati Ghosh. Dies trifft auch auf die Streichung von 83 Prozent der Plätze für Post-Graduierte und Promovierende zu, und die Abschaffung eines Punktesystems, das soziale Benachteiligung ausgleichen soll.

Daraufhin bildete die Lehrendengewerkschaft eine Jury, die den Rektor für unfähig erklärte und seine Amtsenthebung forderte. Die Anmaßung dieses vernichtenden Urteils zeigt den Kampf um die Definitionshoheit und die Frage: wer ist der Souverän an der Uni? Kumar, selbst Nanotechnologe und Ingenieurwissenschaftler, wird vorgeworfen, in den Auswahlkomitees für Sozial- und Kulturwissenschaften universitäre Regeln und akademische Normen zu miss-

achten, um BJP-Getreue in die Ämter zu hieven. Er beruft auswärtige »Expert*innen« mit einschlägigen Präferenzen in die Komitees, die Dekane, Professor*innen und Studierendenvertreter*innen überstimmen und kritische Akademiker*innen marginalisieren. Ob Politik oder Literatur: die Norm ist immer die Hindu-Kultur und Identität. Für einen Lehrstuhl in französischer Literatur wurden qualifizierte Kandidat*innen ausgeschlossen, weil sie keine vergleichende Literaturwissenschaft mit Hindi-Literatur machen. Das Institut für Sanskrit ist auf einmal das größte und stärkste an der Fakultät für Sprachwissenschaften.

Neuerdings regiert die UGC auch eigenmächtig in die Curricula hinein. So verlegte sie zum Beispiel den jährlichen Auffrischkurs in Frauenstudien vom *Centre for Women's Studies* der JNU an ein anderes Institut. Damit nahm sie ausgewiesenen Geschlechterforscherinnen das Heft aus der Hand und entwertete den Kurs.

Klima des Misstrauens und der Kontrolle

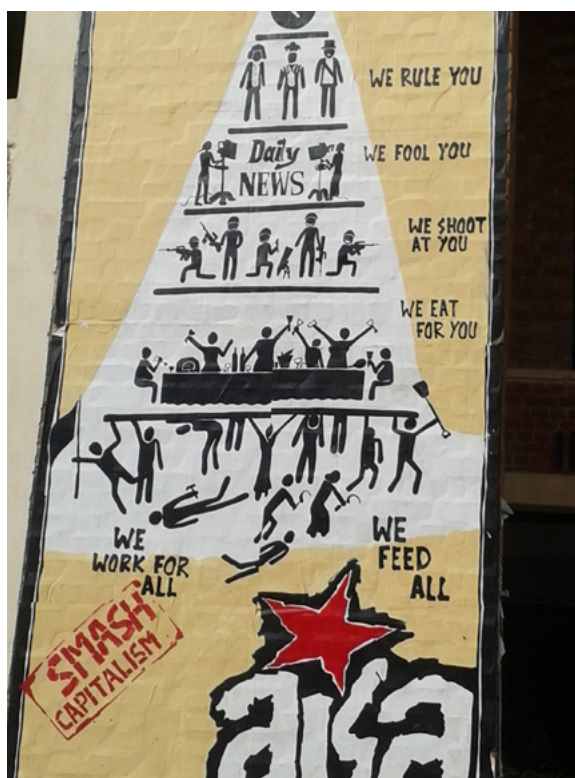
Professor*innen, die sich öffentlich regierungskritisch äußern, werden Einschüchterungs- und Ausgrenzungskampagnen unterworfen und müssen Befragungen über sich ergehen lassen. So musste kürzlich der Politikwissenschaftler und bekannte Menschenrechtler Kamal Mitra Chenoy² eine Anhörung über sich ergehen lassen, weil er die BJP in einem Interview »anti-muslimisch«, den Rektor »arrogant« und die Maßnahmen gegen kritische Studierende Schikanen genannt hatte. Chenoy sieht den Konflikt an der JNU als Auseinandersetzung zwischen hindu-reaktionärem und säkular progressivem Nationalismus im Nehruschen Sinne.

Der Rektor hat schon laut darüber nachgedacht, dass man kritische Professor*innen vor Reisen an ausländische Universitäten unterschreiben lassen sollte, dass sie im Ausland keine Kritik an der Regierung äußern würden. Internationale Konferenzen an indischen Unis bedürfen besonderer Genehmigungen, und Herren in dunklen Anzügen setzen sich demonstrativ in die letzten Reihen der Konferenzsäle.

Ein Exempel dieser Ausgrenzungsstrategie wird an der Politikwissenschaftlerin Nivedita Menon statuiert. Kein Zufall, denn Menon ist eine international anerkannte Feministin und war eine der Professor*innen, die über Nationalismus auf dem Platz der Freiheit referiert hatten. In ihrer Vorlesung diskutierte sie auch kritisch den herrschaftsförmigen Anschluss Kaschmirs an den indischen Staat. In einer konzertierten Aktion lancierten zunächst einige Zeitungen und die sozialen Medien eine Hetz- und Denunziationskampagne gegen Menon als »anti-national«. Die Uni setzte eine Untersuchungskommission gegen sie ein, weil sie Studierende agitiere. Pikanterweise wurde diese Kommission von einem Professor geleitet, den Menon vor zehn Jahren der sexuellen Belästigung beschuldigt hatte. In einer Petition forderten 1800 Intellektuelle aus aller Welt, darunter Judith Butler, die Rehabilitation von Menon. Als sie dann auch noch die Auflösung von GSCASH kritisierte, wurde sie ihres Amtes als Direktorin des Instituts für politische Theorie enthoben.

Geschlechterthemen als Knackpunkt

Wie vielerorts ist das Thema Geschlechter zu einem Brennpunkt theoretischer und alltagspraktischer Auseinandersetzungen an den Unis geworden. Gleichzeitig zum Angriff auf Genderthemen und Feministinnen an der JNU organisieren sich Studentinnen an anderen indischen Universitäten. Einige hundert Studentinnen protestierten in den Straßen der konservativen Hochburg Varanasi gegen die »Unterdrückungskultur« an der Uni und forderten institutionellen Schutz vor Diskriminierung und vor allem vor der ganz alltäglichen sexistischen Gewalt. Anlass der öffentlichen »Rebellion« der Studentinnen der Banares Hindu University (BHU) war, dass der dortige Rektor nach der sexuellen Belästigung einer Studentin die im indischen Alltagsbewusstsein tief verankerte Verharmlosung nach dem Muster »Jungs ärgern Mädchen« und der Täter-Opfer-Umkehr vornahm: sie hat selber Schuld, denn sie war nach 6 Uhr abends unterwegs. Hinter dem scheinbar banalen Anliegen der Studentinnen, die Campuswege zu beleuchten, steht die Forderung



In der JNU dürfen keine Plakate geklebt werden, deswegen fertigen die Studierenden Wandmalereien an
© Christa Wichterich

nach einem strukturellen Umbau der Universität. »Wir, die Studentinnen der BHU, fordern unsere Grundfreiheiten. Wir fordern eine institutionelle Reform.« Denn Strukturen wie Lehrkörper und Leitungspositionen konservativer Unis wie der 100 Jahre alten BHU und der Allahabad Universität sind trotz des Vormarschs von Frauen und Niedrigkastigen unter den Studierenden immer noch von Männern der höheren Kasten dominiert.

Als die Polizei auf die Demonstrantinnen in Varanasi einprügelte, die Unileitung ihnen mit Exmatrikulation drohte und erneut freie Stellen mit hochkastigen Männern besetzte, protestierten mehr als tausend Studentinnen. Studentinnen in Delhi solidarisierten sich sofort mit den Kommilitoninnen in Varanasi und wiederholten den Ruf nach »azaadi«, der »Freiheit sich zu kleiden, zu essen, zu lieben und zu leben«, wie sie sie wollen. Zum ersten Mal wurde eine Frau als oberste Verwaltungschefin der BHU berufen, während der Rektor so sehr unter Druck geriet, dass er eine »unbefristete Auszeit« nahm. Mit ihrer Rebellion haben die Studentinnen jedenfalls einige der verkrusteten Strukturen erschüttert und sind Teil einer indienweiten Bewegung, die die alten und neuen Herrschaftsformen des Hindu-Chauvinismus an den Unis nicht hinnimmt.

Welche Freiheit?

Auf die Nachfolge von Kanhaiya als Präsident der Studierendengewerkschaft der JNU bewarben sich fünf Frauen und ein Mann mit körperlichen Einschränkungen, d. h. die bisher Ausgegrenzten und Machtlos-Gehaltenen verlangen Teilhabe. Gewählt wurde Geeta Kumari, die sich als Frauenrechtlerin versteht und die studentische Vertreterin im GSCASH war. Bei den Konflikten an der JNU geht es ihrer Meinung nach um die Bewahrung demokratischer Räume; derzeit leiste niemand so heftigen Widerstand gegen deren Zerschlagung wie die Studierenden. Ihr Vorgänger Kanhaiya sagte bei seiner Verhaftung 2016, die Zeiten hätten sich geändert: je mehr Repression ausgeübt würde,

desto mehr Widerstand sei zu erwarten: »Wir wollen Freiheit in Indien, nicht von Indien.«

Eine Kurzfassung des Beitrags erschien in iz3w, Nr. 364, Januar/Februar 2018

Anmerkungen

- 1 Angehörige indischer Bevölkerungsgruppen, die unter der viergliedrigen Kastenhierarchie stehen
- 2 Kamal Mitra Chenoy und seine Frau, die Politikwissenschaftlerin Anuradha Chenoy, sind Kooperationspartner*innen der Stiftung Asienhaus bei dem alle zwei Jahre stattfindenden Asia Europe People's Forum (AEPF)

Die Autorin

Christa Wichterich ist Publizistin, freiberufliche Soziologin und Mitglied im Kuratorium der Stiftung Asienhaus. Sie hat Anfang der 1980er Jahre drei Jahre lang an der Jawaharlal Nehru Universität (JNU) unterrichtet.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



und von



Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Impressum

V. i. S. d. P.:

Monika Schlicher / Stiftung Asienhaus
Hohenzollernring 52 | 50672 Köln | Germany
Tel.: 0221–71 61 21-11

Email: monika.schlicher@asienhaus.de

Web: <http://www.asienhaus.de>

Gesamtausstattung:

Klartext Medienwerkstatt GmbH

(<http://www.k-mw.de>)

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht.